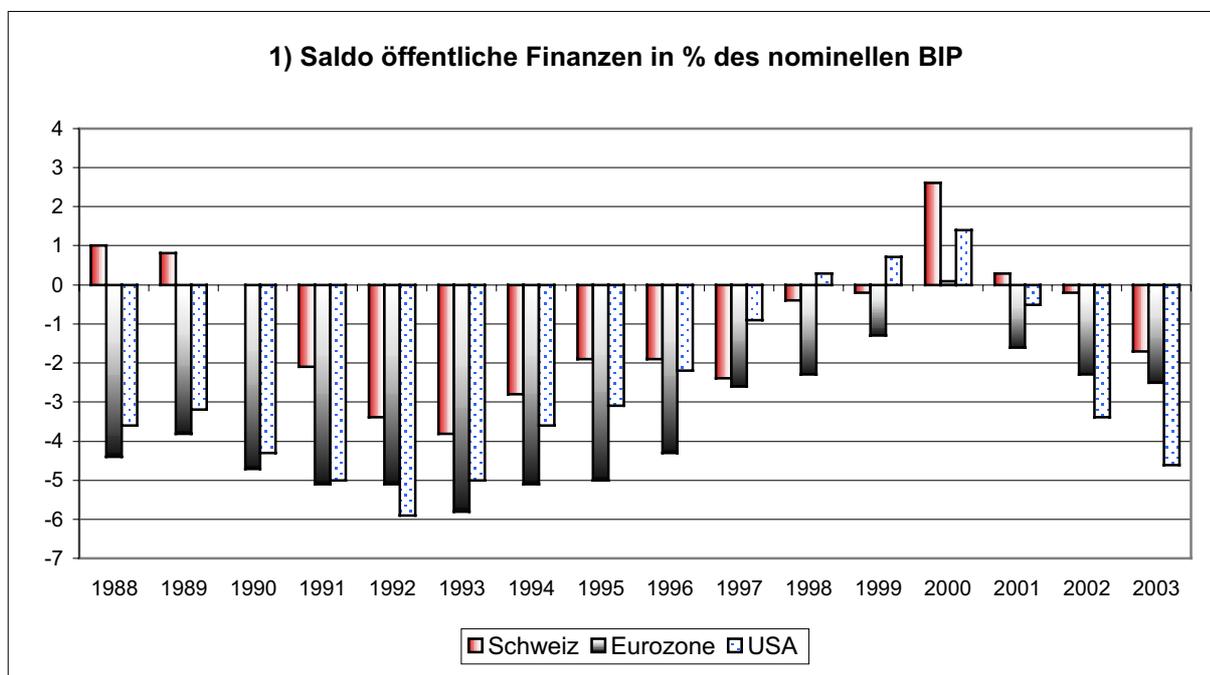


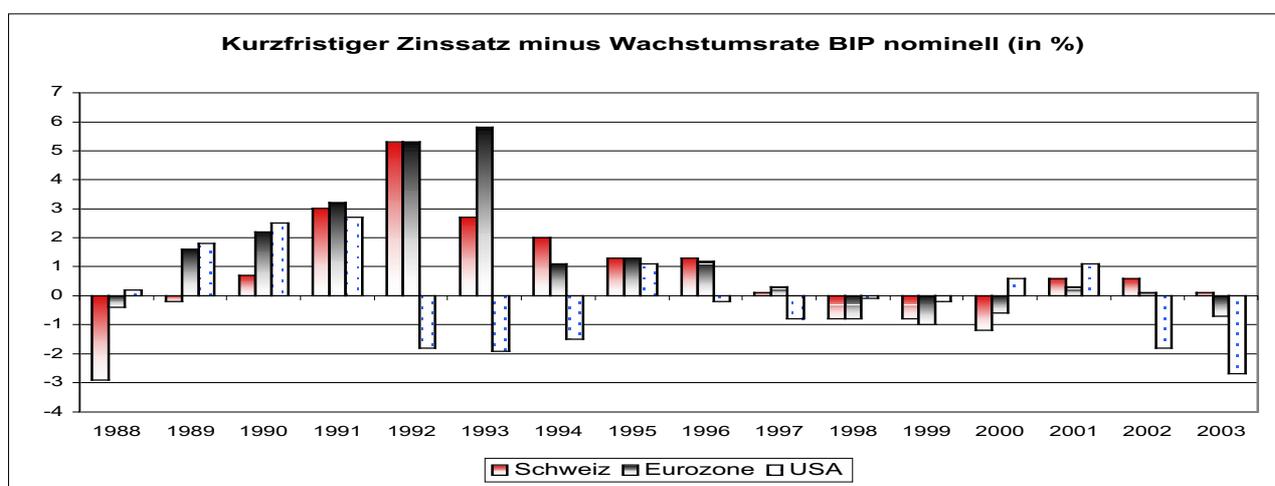
Sparen in der Not, bringt noch mehr davon

Bürgerliche Politiker halten das Sparen – neben Steuersenkungen – für das wichtigste Ziel. Der Staat habe kein Geld, also müsse er sparen, das mache die Hausfrau auch, wenn ihr Budget knapp werde. Volkswirtschaften sind aber etwas komplexer als Haushaltsbudgets. Natürlich ist ein grosses Defizit nicht erstrebenswert und eine Belastung für kommende Generationen. Die Schweiz hat aber im Moment im internationalen Vergleich in minimales Defizit von nur 0.2 Prozent des Bruttoinlandproduktes. (Die als streng geltenden Maastrichter Kriterien erlauben ein Defizit von 3 Prozent).¹ Dieses Defizit unbedingt in der jetzigen schwierigen Situation ausgleichen zu müssen, ist nicht ratsam. Professor Wouter den Haan von der London School of Economics ist der Ansicht, dass Rezessionen zu Steuerausfällen und zusätzlichen Sozialausgaben von 4 bis 7 Prozent des BIP führen. Der Versuch, das Budget dennoch auszugleichen, führt in einen Teufelskreis mit deutlich höheren Arbeitslosenzahlen und Staatsausgaben. «Eine Obergrenze für das Staatsdefizit», so den Haan, «kann sehr grosse Nachteile haben.» Die praktische Erfahrung zeigt, dass eine lockere Geldpolitik und hohe Staatsdefizite ein gutes Mittel zur Überwindung von Krisen sind. Die USA haben die Wachstumsschwäche von 1990/91 mit Budgetdefiziten von durchschnittlich 6,1 Prozent überwunden. Zurzeit wird dieses Erfolgsrezept wiederholt. Grossbritannien und Schweden haben 1993 die Rezession mit Budgetdefiziten von 7,9 und 11,9 Prozent bekämpft. Schon ab 1994 setzte in beiden Ländern ein Aufschwung mit stark steigender Beschäftigung ein. Länder wie Deutschland und die Schweiz, die Budgetdisziplin übten, erholten sich viel langsamer.²



¹ Magazin vom 6.12.03

Sowohl die Geld- wie auch die Finanzpolitik (siehe Grafik 1 und 2) hat die Rezession in den USA resolut bekämpft dagegen blieben die wirtschaftspolitischen Instanzen in der Eurozone Gefangene des zu restriktiven Inflationsziels der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Stabilitätspaktes. Die Europäische Zentralbank hat die Zinsen seit Beginn der Rezession im Jahr 2001 immer zögerlich und spät gesenkt und hat auch nicht auf die starke Aufwertung des Euros gegenüber dem Dollar reagiert. Die zögerliche Erholung in der Eurozone hat mit Inflexibilitäten und Rigiditäten nicht der Arbeitsmärkte, aber der europäischen Zentralbank und des Stabilitätspaktes zu tun.³



Ein Defizit während einer Rezession ist kein Problem, wenn es in den Zeiten guter Konjunktur wieder ausgeglichen wird. Die Dänen beispielsweise verschuldeten sich im vergangenen Jahrzehnt absichtlich, um mit höheren Staatsausgaben den schleppenden Konsum anzukurbeln. Doch kaum liefen die Geschäfte wieder, bauten sie das Defizit ab. Die Nordeuropäer zeigen heute, sagt der Chefökonom des World Economic Forums Antonio Lopez Claros, dass «Länder mit ausgebautem Sozialstaat finanziell gesund sein können». Denn noch immer haben Schweden, Dänemark, Finnland die höchsten Staatsquoten. Sie sanierten ihre Kassen, in dem sie ihren Wohlfahrtsstaat weniger ab- als umbauten.⁴

Wachstumshemmend in der Schweiz ist der mangelnde Binnenkonsum, verursacht durch stagnierende Löhne der Erwerbstätigen und durch eine zu hohe Sparquote der Wohlhabenden - beides Folge der Tatsache, dass bei uns die Reichen immer reicher und die Normalbürger immer ärmer werden. Der mangelnde Binnenkonsum entsteht aber auch durch stagnierende bzw. rückläufige öffentliche Ausgaben.

² Sonntags-Blick, 9.11.03

³ Serge Gaillard, 7.1.04

⁴ Magazin 6.12.03